

Rousbeh Legatis

Konfliktfelder journalistischer Praxis in Kolumbien

Abstract: The chronic uncertainty for journalists and editors in carrying out their professional work in Colombia has many sources and has been serious for decades. Currently – besides indicators of extreme physical violence (such as daily attacks, abuse, kidnappings and murders) – problem areas are strongly marking journalistic work in Colombia that are often neglected in the international discussion, such as inadequate training offerings, unsatisfactory infrastructure in the workplace, precarious wage situations, lack of independence in relationship to editors and a poorly taught understanding of professional ethics. These structural problems produce qualitative deficiencies – especially in conflict reportage. But instead of stagnation, change is occurring. Colombian journalists are revising their self-image, at the same time developing a problem consciousness in their own work, and are actively trying to correct the deficiencies.

Kurzfassung: Die chronische Unsicherheit für Journalistinnen und Redakteure in der Ausübung ihres Berufes in Kolumbien speist sich aus vielerlei Quellen und ist nach wie vor gravierend. Aktuell sind es – neben den Indikatoren extremer physischer Gewalt (wie tätliche Angriffe, Misshandlungen, Entführungen und Morde) – in der internationalen Diskussion oft unbeachtete Problembereiche, wie mangelnde Ausbildungsangebote, unzureichende Infrastruktur am Arbeitsplatz, prekäre Lohnverhältnisse, fehlende Unabhängigkeit gegenüber Herausgebern und ein wenig ausgebildetes Verständnis der Berufsethik, die die journalistische Arbeit in Kolumbien prägen. Diese strukturellen Probleme führen zu qualitativen – speziell in der Konfliktberichterstattung. Aber statt Stillstand vollzieht sich ein Wandel. Kolumbianische Journalisten verändern ihr Selbstbild, entwickeln ein Problembewusstsein bezüglich ihrer eigenen Arbeit und gehen die Defizite aktiv an.

1. Annäherungsversuch an den Gegenstand journalistischer Konfliktberichterstattung

Die Ursachen und damit der tatsächliche Beginn des heute die kolumbianische Gesellschaft prägenden multi-dimensionalen Gewaltkonflikts wurzeln tief in der Geschichte des südamerikanischen Landes. Der oftmals angeführte Zeitpunkt des verheerenden Bürgerkriegs in den 1950er Jahren, die so genannte *Violencia*, und die anschließende Entstehung einer bewaffneten Oppositionsbewegung (*Guerilla*)¹ gegen das etablierte politische Ausschluss-System (*Staat*)², in den 1960er Jahren, ist sicherlich ein entscheidender Moment, doch nicht der Anfang des kolumbianischen Konflikts. Oligarchische Machtstrukturen, gewalttätige Unterdrückung sozialen Protests sowie ein Bekennungszwang zu der liberalen oder konservativen Seite waren bereits vor der *Violencia* prägende Merkmale des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Kolumbien.³ Zu den anfänglichen, weit in die Geschichte des südamerikanischen Landes zurückreichenden Primärkonflikten sind in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weitere Sekundärkonflikte hinzugekommen. Der interne bewaffnete Konflikt Kolumbiens beruht in seinem Kern auf Problemen des sozial-politischen Ausschlusses, extrem ungleicher Verteilung von Reichtum, Kampf um gesellschaftlichen Einfluss und Teilhabe, sowie um den Zugang zu ökonomischen und ökologischen Ressourcen. Kernprobleme, die bis heute überwiegend unangetastet bleiben. Gewandelt hat sich nur die Erscheinungsform des Konflikts, angetrieben durch weitere Entwicklungen und Dynamiken: neu entstehende Gewaltakteure (Auftragsschlepper, Paramilitärs, private Sicherheitsdienste), Drogenhandel und die enormen Einnahmen daraus für alle Konfliktparteien, sowie ein verbleibendes Staatsdefizit.

Bei dem Versuch, die aktuelle Lage in Kolumbien begrifflich zu fassen, herrscht eine kontroverse Debatte darüber, welcher Terminus – „Terror- und Drogenbekämpfung“, „bewaffneter interner Konflikt“, „interner Krieg“ – die Situation adäquat beschreibt und damit die politische, soziale, ökonomische und ökologische Realität in Kolumbien umfasst. Die Benennung des Problems, dem sich nationale und internationale Akteure in Kolumbien im Rahmen ihres Engagements gegenübergestellt sehen, ist nicht einheitlich. Dass es Begrifflichkeiten sind, die eine politische Argumentation und aus ihr heraus Handlungslegitimationen bestimmen, lässt sich an der Verwendung des Begriffs der (weltweiten) „Terrorbekämpfung“ erahnen, der bei vielen menschenrechtspolitisch fragwürdigen Aktionen zur Rechtfertigung vorgebracht wird. Auch in Kolumbien geht es um einen solchen Wortstreit, der den Staat entweder als stark und handlungsfähig zeigt (Terror- und Drogenbekämpfung), als hilfebedürftig und unzulänglich, was seine Kontrolle des Gewaltmonopols angeht (bewaffneter interner Konflikt) oder

1. Die bis heute bedeutendsten *Guerilla*organisationen in Kolumbien sind zum einen die *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens, *FARC*) und zum anderen das *Ejército de Liberación Nacional* (Nationale Befreiungsarmee, *ELN*).
2. Die für Kolumbiens Geschichte und heute immer noch prägende Polarisierung der Bevölkerung zwischen Liberalen und Konservativen gipfelte von 1948-1958 in einen Bürgerkrieg, der nur noch unter der Bezeichnung *Gewalt* (*Violencia*) in den kolumbianischen Geschichtsbüchern geführt wird. Beendet wurde er durch ein Abkommen, die *Frente Nacional* (Nationale Front), zwischen Liberaler und Konservativer Partei, das die Macht paritätisch verteilte. Gemäß diesem Abkommen stellte jeweils eine der beiden Parteien alle vier Jahre den Präsidenten. Eine Parteien-Pluralität wurde verhindert, indem alle politischen Ämter untereinander aufgeteilt wurden.
3. Zu weiteren Informationen über Ursachen, Entstehung und Entwicklung gewalttätiger Strukturen innerhalb der kolumbianischen Gesellschaft vgl. Palacios und Safford 2008, Palacios 2007 und Kalmanovitz 2006.

als unfähig und machtlos für die Regentschaft im Staat (interner Krieg). Es sind verschiedene Begriffe, die innerhalb des Diskurses über den kolumbianischen Konflikt synonym, komplementär, kompensatorisch oder diplomatisch gewählt werden. Eine Definition des kolumbianischen Konflikts muss eben so offen wie flexibel gegenüber den sozialen Realitäten des Landes bleiben und wird an dieser Stelle als ein langwieriger offener interner bewaffneter Konflikt mit kriegsähnlichen Ausmaßen gesehen.¹ Dabei handelt es sich um eine Akkumulation multikausaler Gewaltprozesse – sowohl direkter (physischer) als auch struktureller Art –, die in ihrer aggressiven, multiphänomenalen und persistenten Form alle gesellschaftlichen Sektoren des kolumbianischen Lebens berühren oder durchdringen. Diese Ausführungen sollen die Komplexität aufzeigen, mit der sich Journalisten bei ihrer Arbeit inmitten des Konflikts konfrontiert sehen, und die sie medial zu verarbeiten und zu erklären haben.

Charakteristisch für den dauerhaftesten bewaffneten internen Konflikt Lateinamerikas: ein Nebeneinander schwer greifbarer, persistenter Gewaltprozesse und sich verändernder Konstellationen der Gewaltakteure und –profiteure. Die Geografie des Konflikts weist mehrere Konfliktherde auf, die nicht gleichmäßig über das Land verteilt sind und sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien befinden.

Während sich bisher keine tiefgreifenden Veränderungen innerhalb des Konflikts und seiner zugrunde liegenden Ursachenkomplexe einstellen, änderten sich seine Rahmenbedingungen seit Ende der 1990er Jahre fortwährend – und mit ihnen auch der Gegenstand, über den es zu berichten gilt, sowie die Rolle, die Medien innerhalb des Konflikts eingenommen haben. Dem Scheitern der vierjährigen Regierungsverhandlungen mit der größten Guerillaorganisation FARC im Jahr 2002 folgte die vom damaligen Präsident Álvaro Uribe Vélez (2002-2010 im Amt) präferierte aggressiv-militärisch Konfliktlösung (die sich zuallererst gegen die FARC wendet), sowie der von der Regierung initiierte Demobilisierungsprozess der Paramilitärs seit 2003.² Ein Konfliktlösungsansatz, den der im Juni 2010 zum Präsidenten gewählte Konservative Juan Manuel Santos versprach weiterzuführen. Hinzu kommen die Verstrickungen externer internationaler (staatlicher und zivilgesellschaftlicher) Akteure in den Konflikt, deren Engagement verschiedene Implikationen für die gewalttätigen bewaffneten Auseinandersetzungen mit sich bringen.³

Die daraus resultierende Aufgabenstellung für Journalistinnen könnte nicht schwerer ausfallen.⁴ Die Arbeit in zwei gleichzeitig verlaufenden Prozessen: einem offenen bewaffneten internen Konflikt und einem Prozess, der zumindest von der kolumbianischen Regierung als beginnender „Postkonflikt“ bezeichnet wird.⁵ Beide gilt es, zu beobachten, zu erklären und zu hinterfragen.

1. Auf die hier verwendeten Adjektive „offen intern bewaffnet“ und „kriegsähnlich“ wird zurückgegriffen, um die Bedeutung und die Überlagerung der unterschiedlichen Gewaltniveaus zu betonen, die in Kolumbien vorzufinden sind und waren. Leitende Idee ist die definitorische Unterscheidung zwischen Krieg und bewaffnetem Konflikt, die mal quantitativ (mehr als 1000 Tode im Jahr = Krieg) mal qualitativ (Systematisierungsgrad der Aktivitäten, Akteurskonstellationen, etc.) vorgenommen wird. Der erst genannte Terminus „Krieg“ verweist auf eine extremere Form der Gewalteskalation als der letztgenannte „bewaffneter Konflikt“.
2. Ein Prozess, der nicht zuletzt wegen der immer wieder nachgewiesenen Verbindungen zwischen staatlichen Streitkräften oder politischen Entscheidungsträgern und Paramilitärs sowie deren anhaltenden Menschenrechtsverletzungen noch während der Verhandlungen – ein klarer Bruch der vorhergehenden Verhandlungsvoraussetzungen mit der Regierung (u. a. eine Niederlegung der Waffen, seitens der Paramilitärs) – in die Kritik geriet. Bis Ende 2005 sollten alle Kampfverbände des paramilitärischen Dachverbands Auto Defensas Unidas de Colombia (Vereinigte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens, AUC) demobilisiert sein, so die Zielsetzung Uribes. Bis heute kann dieser Prozess nicht als abgeschlossen gelten. Alte, als demobilisiert geltende Kampfverbände bewaffneten sich neu, Machtstrukturen und soziale Kontrollmechanismen in ehemals von Paramilitärs kontrollierten Gebieten – z. T. mit den selben Machthabern – bestehen weiter fort, wurden weiter konsolidiert oder gesichert. Zu vertieften Analyse des Paramilitärphänomens in Kolumbien vgl. u. a. HRW 2005, Rangel 2005 sowie CNRR 2007.
3. Während sich die USA durch ihre massive Unterstützung (finanziell, personell sowie mit Know-How) des von der kolumbianischen Regierung durchgeführten „Plan Colombia“ auszeichnen, ein aggressiv-militärisches Vorgehen gegen Drogenhandel (u. a. mit Pestizidbesprühungen, durchgeführt durch private Sicherheitsfirmen aus den USA) und zur Niederschlagung der Aufstandsbewegung, tut sich die EU durch die Installation von sechs so genannten Peace Laboratories (Friedenslaboratorien) in den Regionen des Landes hervor. Für einen umfassenderen Überblick zum externen Engagement in Kolumbien siehe Kurtenbach 2001, 2004. Für eine kritische Betrachtung des US-Engagements und des Plan Colombias vgl. u. a. Kurz und Muno 2005 sowie die thematischen Homepages von Human Rights Watch (<http://www.hrw.org/americas/colombia>) und dem Colombia Program des Washingtoner Thinktanks Center for International Policy's (<http://www.ciponline.org/>).
4. Um Satzungen wie der/die Vertreter/in bzw. EntscheidungsträgerInnen zu vermeiden und den Text lesbar zu gestalten, wird die männliche und weibliche Form in zwangloser Weise abgewechselt. Damit sind keine entgültigen Funktionsfestlegungen oder Herabsetzungen der Geschlechter verbunden.
5. Obwohl kritische Stimmen aus dem In- und Ausland die Identifizierung eines Postkonflikts in Kolumbien als Regierungspropaganda und nicht hilfreich für ein tieferes Verständnis empfinden oder für verfrüht halten, diskutieren seit einigen Jahren Politikerinnen, Akademiker und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft die Frage, ob sich Kolumbien in einem beginnenden Postkonflikt befinde und was daraus folge (vgl. u. a. Cárdenas 2003, FIP 2006). Die Kategorie Postkonflikt tauchte im Rahmen der staatlichen Bemühungen um einen Demobilisierungsprozess der paramilitärischen Verbände auf; nachdem also ein Konfliktbearbeitungsinstrument zur Anwendung kam, welches entwickelt wurde für Zeiten von Waffenruhe oder Friedensabschlüssen.

Dazu gehören einerseits die andauernden aggressiven, militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktakteuren (was u. a. die Kenntnis neuer und alter Akteurskonstellationen, veränderter Dynamiken und der weiterhin unberührt bleibenden Konfliktursachen beinhaltet), sowie deren Auswirkungen auf die zwischen den Gewaltakteuren aufgeriebene Zivilbevölkerung. Andererseits sind es Entwicklungen im Rahmen des Demobilisierungsprozesses von ehemaligen Kämpfern, sowie die Implementierung und Anwendung der dazu formulierten Programme und Gesetze, die beobachtet und analysiert werden müssen. Die Berichterstattung umfasst außerdem die besondere Rolle der Opfer und ihre Situation im Reparations- und Aussöhnungsprozess, die Strafprozesse gegen die Täter sowie ihre adäquate Reintegration in die Gesellschaft.

Für einen Journalismus, dessen Entwicklung und Ausformung über Jahrzehnte durch einen bewaffneten Konflikt geprägt wurde, ist das Verstehen und Berichten über Elemente einer – zu Recht oder zu Unrecht so bezeichneten – Postkonfliktphase eine große Herausforderung (Sierra 2008). Hier sind es zusätzliche andere Themen, Akteure und Faktoren, denen Beachtung geschenkt werden muss, als in einem bewaffneten laufenden Konflikt.

Trotz der gewaltgeprägten Gesellschaftszustände der vergangenen Jahrzehnte, die sich u. a. als determinierende Rahmenbedingungen für journalistische Arbeit erwiesen (Bedrohungen, gewalttätige Übergriffe, Entführungen, Morde etc.), übernahmen Journalisten und Redakteurinnen – vor allem in den großen Medienunternehmen des Landes – eine zunehmend selbstbewusstere Rolle innerhalb des Konflikts. Die Situation der Journalisten in den ländlichen Regionen bleibt allerdings sehr problematisch.

2. Neupositionierung des Journalismus im Konflikt

Nur auf den ersten Blick erscheint die Situation in Kolumbien häufig als eine callejón sin salida (Sackgasse ohne Ausweg). Eine der umfangreichsten Konfliktstudien der vergangenen Jahre trägt einen hoffnungsvolleren Titel: „El conflicto, callejón con salida – Informe Nacional de Desarrollo Humano 2003“ (Der Konflikt, Sackgasse mit Ausweg). Die Studie des United Nations Development Program (UNDP, in Spanisch: PNUD) identifiziert gerade die Arbeit der Medien – neben der Bildung der Bevölkerung – als eines der wichtigsten Instrumente, um den notwendigen, tiefgreifenden Wandel in einer gewaltgeprägten Gesellschaft wie der Kolumbiens herbeizuführen (PNUD 2003). Journalistische Arbeit bedeutet einen großen Schritt auf der Suche nach einem Ausweg, da sie neue Bilder sozialer Realitäten schaffen und damit neue Orientierungspunkte für die in einer Gesellschaft zusammenlebenden Menschen bieten kann.

Während der Nachweis eines Kausalzusammenhangs zwischen journalistischer Arbeit in Krisengebieten, bewaffneten Auseinandersetzungen oder Kriegen und einem sich einstellenden Frieden schwerlich einwandfrei nachweisbar ist, gibt es allerdings mehrere Gründe, Medien als bedeutend im Bereich des Peacebuildings zu bewerten:

Erstens: Medien nehmen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren einerseits und staatlichen sowie internationalen Organisationen andererseits, eine intermediär verbindende Rolle ein. Ihr Einsatz- bzw. Arbeitsbereich umfasst sowohl die partizipative Horizontale als auch die hierarchische Vertikale innerhalb einer Gesellschaft. Medien verlinken gesellschaftliche Gruppen über geografische und soziale Grenzen hinweg und vermitteln Standpunkte und Handlungen politischer Entscheidungsträger zu den Betroffenen.

Zweitens: Journalisten können durch ihre Arbeit in Konfliktländern einen wichtigen Beitrag zum weiteren Verlauf der Konfliktaustragung leisten. Sie prägen Interpretationen und Lesarten von Entscheidungsträgerinnen und Strategen durch ihre Darstellung, Abbildung und Erklärung von Ereignissen. Ihre Arbeit eröffnet im besten Fall die Sicht auf neu entstehende Handlungsoptionen, im schlechten Fall verdeckt sie diese oder legitimiert die falschen.

Drittens: Medien versorgen durch ihre Berichterstattung die betroffene Bevölkerung mit lebenswichtigen Informationen, zum Beispiel über Fluchtwege aus umkämpften Regionen, Wasservorräte und medizinische Versorgung oder über ihre Rechte gegenüber staatlichen Institutionen, sowie über die Bewegungen bewaffneter illegaler Gewaltakteure.

Viertens: Medien üben auch in Konfliktsituationen eine Watchdog-Funktion aus. Sie beobachten, inwiefern gewählte politische Strategien sich in die Praxis umsetzen lassen, wenn sie auf die Lebensrealitäten der lokalen Bevölkerung treffen. Oder sie bringen Erfahrungen aus anderen Ländern in die politische Debatte um adäquate Problemlösungen ein.

Trotz erheblicher Schwierigkeiten, denen kolumbianische Journalistinnen bei ihrer Arbeit ausgesetzt waren und sind, spielen sie spätestens seit Ende der 1990er Jahre eine immer deutlichere Schlüsselrolle innerhalb des Konflikts, prägen seinen Verlauf mit und tragen zu seiner Transformation bei.

Die historische Entwicklung der Medien im vergangenen Jahrhundert in drei Phasen zusammenfassend, unterscheidet der bereits erwähnte Bericht der Vereinten Nationen drei verschiedene Epochen: die des „sentido filial“ (des kindlichen Verstands, 1950er bis 1960er Jahre), jene des „síndrome del verde oliva“ (des olivengrünen Syndroms, 1960er bis 1980er Jahre) und die des „guerra por las audiencias“ (des Krieges ums Publikum, seit den 1990er Jahren).

Ursprünglich entsprachen die dominierenden Printmedien in Kolumbien ihrem Inhalt nach Parteiblättern, die in der ersten Epoche, zu Beginn der 1950er Jahre fern ab von neutraler Berichterstattung, Leser in Gefolgschaften für religiöse und politische Projekte verwandeln wollten. Dies traf auf alle Zeitungen zu, egal ob liberale, konservative, kommunistische oder katholische. Sie präsentierten den Konflikt in einer distanzierenden – schwer mit eigenen Lebensrealitäten in Verbindung zu bringenden – Weise und verorteten ihn in den ländlichen Regionen. Journalisten suggerierten, dass nach einer Konflikt-Beendigung militärische repressive Mittel von Nöten wären, um die verbleibenden Teile der Konfliktparteien unter Kontrolle zu behalten, was als leichte Aufgabe beschrieben wurde.

Zwischen 1960 und 1980 wurde das „síndrome del verde oliva“ für Journalistinnen, die im Konflikt arbeiteten, bestimmend. Dieses Syndrom hat seine Ursprünge in der Zeit der Frente Nacional, als militärischen Sicherheitskräften mit olivgrünen Uniformen die Kontrolle über Belange der öffentlichen Ordnung übergeben wurde.

„Damals hieß 'über den Konflikt berichten' über militärische Operationen gegen die Guerilla zu informieren. Die Meinungsäußerungen der Streitkräfte wurden zu offiziellen Verlautbarungen, weder kontrolliert vom Kongress, den Parteien noch den Medien“ (PNUD 2003: 428).¹

In den 1980er Jahren verbreitete sich das Fernsehen, begleitet von der Bebilderung zuvor nicht wahrgenommenen Leids von Opfern (Vertriebene, Folteropfer, Entführte, Ermordete etc.). Damit einher ging die Darstellung der Paramilitärs als notwendiges Übel, welche die staatliche Unfähigkeit, für Sicherheit zu sorgen, ausglich.

Im Rahmen des seit den 1990er Jahren andauernden „guerra por las audiencias“ versuchten kolumbianische Medien, sich an die Entwicklungen und Erfordernisse für die Teilhabe am globalisierten Markt anzupassen. Medienschaffende und vor allem Herausgeberinnen und Besitzer konzentrierten sich auf die Anschaffung teurer Technologien, die ständige Nachbesserung bestehender Infrastruktur, die Erforschung von Konsumentenverhalten, die Entwicklung von verbesserten Markt-techniken und auf strategisch vorteilhafte Allianzen. Ein umfassendes Überdenken des eigenen Handelns bzw. der eigenen Rolle innerhalb des Konflikts blieb hierbei zunächst außen vor.

„Zu diesen Veränderungen kamen die ökonomische Rezession und die Privatisierung des Fernsehens hinzu. Die Wähler wurden durch Konsumenten ersetzt, ausführlichere Erzählformen durch Nachrichtenformate, Ideen durch Emotionen, Parteirichtlinien durch Wettkämpfe und Unterschriften, sowie die Parteimitgliedschaft durch Konsumverhalten“ (PNUD 2003: 429).

Das von kolumbianischen Medien bearbeitete Themenspektrum und damit auch das Informationsangebot für das Publikum erweiterten sich nach den 1980er Jahren deutlich (vgl. Rey 2007). Gleichzeitig setzte Ende der 1990er Jahre eine Reflektion über die Rolle der Medien innerhalb des Konflikts im eigenen Land ein.

Mit diesem sich wandelnden Selbstbild der Journalistinnen, entstand ein kritischer Dialog sowohl auf praktischer als auch auf akademischer Ebene. Schwächen im journalistischen Handwerk wurden identifiziert, Handlungsoptionen entwickelt und Programme zu deren Beseitigung bzw. Bearbeitung in Angriff genommen. Die Konfliktberichterstattung in kolumbianischen Tageszeitungen (u. a. PAN 2004, El Tiempo 2004) und im Fernsehen wurde evaluiert (PAN 2005), Handbücher erschienen, die Anleitungen zur Berichterstattung beispielsweise über Attentate (Restrepo 2002), interne Flüchtlinge und Zwangsvertriebene (MPP 2005) sowie über Kinder im bewaffneten Konflikt (MPP 2009) bieten. Andere Autoren unterstreichen die Wichtigkeit, der von Journalisten gewählten Sprache im Rahmen ihrer Artikel und Beiträge über bewaffnete Auseinandersetzungen, und erarbeiteten Wörterbücher für einen bewussteren Gebrauch einer gewaltlosen Sprache (Abello, Baumann, Cárdenas et al. 1999).² Andere Veröffentlichungen lehren den Umgang mit Quellen bei der Berichterstattung über bewaffnete Auseinandersetzungen (PAN 2005) und geben praktische Tipps zum Eigenschutz für Journalisten (Márquez 2007). Untersucht wurde außerdem die Rolle kolumbianischer Medien innerhalb des Konflikts, zum Beispiel in welcher Art sie über entscheidende Ereignisse der vergangenen Jahre, wie die Verhandlungen zwischen Regierung und FARC (López de la Roche 2006) oder den Plan Colombia (Ayala und Aguilera 2001) informierten, oder welche Rolle sie beim Wiedergutmachungs- und Versöhnungsprozess zwischen demobilisierten Kämpferinnen und den Opfern ihrer Gewalttaten spielen können (FIP und Semana 2008).

Auch die Einstellung der Konfliktakteure zur Arbeit von Journalistinnen wurde analysiert. In Interviews, die 2003 mit Vertretern der FARC, der ELN und dem (damaligen) paramilitärischen Dachverband AUC geführt wurden, versuchten die Autoren des Buches „Periodismo, guerra y terrorismo“ das Bild der Medien in den Augen der illegalen Gewaltakteure herauszuarbeiten (Giraldo, Roldán und Flórez 2003).³

-
1. Dieses Zitat sowie alle folgenden spanischen Zitate wurden vom Autoren selbst übersetzt.
 2. Diese Bemühungen fanden vor dem problematischen Hintergrund statt, dass Journalistinnen und Redakteure die von offiziellen Quellen benutzte Terminologie (z. B. die Bezeichnung von Akteuren als „Verbrecher“ oder „Terroristen“, die Beschreibung des Konflikts als „Aufstandsbekämpfung“ anstatt als Krieg etc.) in ihren Beiträgen permanent unkritisch wiedergaben und auf diese Weise konfliktlegitimierend wirkten.
 3. Dies ist nur eine Auswahl von konflikt-spezifischen Fachpublikationen zur journalistischen Arbeit in Kolumbien und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Vom Beginn des 21. Jahrhunderts bis heute wurde die Arbeit von Journalistinnen im Bereich der Konfliktberichterstattung durch drei verschiedene politische Prozesse weiter geprägt: den Verhandlungsprozess der Regierung unter Präsident Andrés Pastrana mit der FARC (1998-2002), durch die Verhandlungen im Rahmen des Demobilisierungsprozesses mit den Paramilitärs unter der Regierung Uribe (2002-2003) und die bis heute andauernden Aufdeckungen im Rahmen der so genannten „Parapolítica“.¹

Im ersten Verhandlungsprozess verfolgten die Konfliktparteien noch eine Politik der „apertura comunicativa“ (kommunikative Öffnung) in Bezug auf die Medien, in der Journalisten soweit in die Verhandlungen integriert wurden, dass ihre detaillierte tägliche Berichterstattung über Verhandlungsverlauf und –ergebnisse den Prozess direkt beeinflussten (Bonilla 2002: 40). Aus den Paramilitärverhandlungen wurden sie mit einer Strategie der „cierre informativo“ (Informationssperre) größtenteils herausgehalten und nur selten und dann sehr restriktiv zugelassen. Camilo Andrés Tamayo, Kommunikationswissenschaftler am Centro de Investigación y Educación Popular (CINEP), sieht nach diesen beiden Erfahrungen nun im Rahmen des Prozesses der „Parapolítica“ eine dritte Kommunikationsregelung entstehen: „el equilibrio del péndulo“ (das Gleichgewicht des Pendels). Nachdem sich Medien in der Vergangenheit eher passiv von Konfliktakteuren positionieren ließen, anstatt selbst aktiv an entscheidenden gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen und darüber autonom zu berichten, haben sie nun selbst einige professionelle Standards neu überdacht und versuchen, sie in der täglichen Arbeit umzusetzen. Das Pendel, welches vorher stark zwischen den Extremen ‚unbegrenzte Integration‘ der Journalisten oder ‚absoluter Ausschluss‘ hin und her schwang, kommt jetzt langsam in der Mitte zur Ruhe (Tamayo 2007: 2).

Der kolumbianische Journalismus hat die Lernprozesse der vergangenen Jahre genutzt und in die aktuelle Arbeit eingebracht. Besonders die Printmedien schafften es, die entsprechenden Themen, unanhängig von konjunkturellen Schwankungen in der Politik, weiter in der öffentlichen Debatte zu halten und den Reflektionsgrad über die Problemstellungen zu vertiefen. Der im Juni 2008 vom Lateinamerika-Bildungsverband veröffentlichte Bericht „The Other Half of the Truth Searching for Truth – Justice and Reparations for Colombia’s Victims of Paramilitary Violence“, unterstreicht zur Rolle der Medien im Parapolítica-Prozess, dass die Aufklärung über die Verstrickungen von Politikern in paramilitärische Machtstrukturen nicht etwa den Anstrengungen der Regierung Uribe zu verdanken ist, sondern vielmehr der engen Zusammenarbeit von oppositionellen Politikern, Journalistinnen und Menschenrechtsorganisationen (LAWGEF 2008: 4).² Auch der Jahresbericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch 2008 unterstreicht die positive Rolle der Medien im aktuellen Prozess (HRW 2008).

Darüber hinaus genießen Medien laut Umfragen unter der Bevölkerung ein besseres Ansehen als noch vor einiger Zeit. Und einige der großen Wochen- und Tageszeitungen – allen voran die Wochenzeitschrift *Semana* – haben sich einer kritisch-investigativen Konfliktberichterstattung verschrieben.³ So entwickelte die *Semana*, zusammen mit der Fundación Ideas para la Paz (FIP), die konfliktsspezifische Homepage verdadabierta.com, die profunde Informationen zu Akteuren (Entstehung, Organisationsform, aktuelle Entwicklung), Dynamiken, Ursachen und neuen Herausforderungen bei der Bearbeitung des internen Konflikts liefert. Die 2008 erstmals freigeschaltete Homepage ist zum einen als Informationsquelle für Interessierte, zum anderen auch als Recherchehilfe für Journalistinnen gedacht, auf der Reportagen, Artikel und Analysen veröffentlicht sowie Diskussionsforen für einen weiteren Austausch eröffnet werden.⁴ Eine weitere kritische Plattform entstand 2009 mit der gegründeten nachrichtlichen Website lasillavacia.com. Durch kritische Hintergrundartikel, aktuelle Blogs und Foren soll ein möglichst breiter Diskussionsraum über aktuelle Entwicklungen der politischen Landschaft geöffnet

1. Die Ausmaße der massiven und systematischen Durchdringung der politischen Landschaft durch paramilitärische Akteure, die von 1999 bis 2003 in 223 Departamentos des Landes Kontrolle ausübten, wurden in den vergangenen Jahren – besonders im Rahmen des Demobilisierungsprozesses – aufgedeckt. Sie prägten einen eigenen Problembegriff: den der paramilitärischen Politik (parapolítica).
2. Der vom Organisationsverbund Latin America Working Group Education Fund (LAWGEF) veröffentlichte Bericht, führt aus: Angefangen hat es mit Vorwürfen des Kongressabgeordneten der linksalternativen Partei Polo Democrático Alternativo, Gustavo Petro, dass viele Kongressabgeordnete mit Paramilitärs zusammenarbeiten würden. Hierdurch bekamen die vorm Verfassungsgericht laufenden Untersuchungsverfahren gegen diese Politiker mehr Aufmerksamkeit. Und Medien, die darüber im Vorfeld kaum berichteten, nahmen dieses Thema verstärkt auf und trugen es so in die Öffentlichkeit. Die Untersuchung des Parapolítica-Phänomens bekam weitere Tiefe, da einige Menschenrechtsorganisationen ihre Kräfte ebenfalls auf die Analyse der Verbindungen zwischen Paramilitärs und Akteuren der lokalen und nationalen Politik fokussierten.
3. Aktuelle Umfrageergebnisse der Wochenzeitschrift *Cambio* zeigen, dass 69,9 Prozent ein positives Bild und 21,3 Prozent weiterhin ein negatives von den Medien haben. Mehr als zwei Drittel der Befragten schätzen die von Medien bereitgestellten Informationen als realitätsnah ein, während 19,7 sie eher als unrealistisch beurteilen. Der Grossteil der Interviewten nutzt das Fernsehen, um sich über die aktuellen Nachrichten zu informieren (67,2 Prozent). Sie empfinden dieses Medium noch vor Radio (8,1), Internet (9,5) und Zeitungen (21,2) als das vertrauenswürdigste (mit 54,2). Auf die Frage, ob die kolumbianischen Medien die Regierung Uribe unterstützen, stimmten mehr als die Hälfte (68,4 Prozent) zu, während 15,6 Prozent nicht dieser Meinung sind. Der Artikel, in dem die Umfrageergebnisse veröffentlicht wurden, ist im Internet nachzulesen unter: http://www.cambio.com.co/portadacambio/778/ARTICULO-WEB-NOTA_INTERIOR_CAMBIO4214051.html, zuletzt abgerufen am 20. Februar 2009. Diese Ergebnisse sollen hier nur unter Vorbehalt als tendenzieller Richtungsweiser verstanden werden, da eine Telefonumfrage mit 700 Interviews in den 13 größten Städten – so die angewandte Erhebungstechnik – kein vollkommenes Meinungsbild der Bevölkerung zu zeichnen vermag. Weitere Angaben zum methodischen Vorgehen sind im Artikel nachzulesen.
4. Die Homepage ist im Internet abzurufen, unter: www.verdadabierta.com.

werden. Anstatt der Dynamik täglicher Nachrichtenberichterstattung und Pressekonferenzen zu folgen, so formuliert die Journalistin und Gründerin der Website, Juanita León, die gesteckte Zielsetzung, sollen die Beiträge helfen, zu zeigen, wie Macht tatsächlich in Kolumbien ausgeübt wird.¹

Die bisherigen Entwicklungen im kolumbianischen Journalismus sowie in seinem Verhältnis zum Konflikt deuten auf seine schrittweise Neupositionierung innerhalb des Konfliktgeschehens und ein sich wandelndes Selbstbild unter Journalistinnen und Redakteuren hin.

Allerdings gibt es auch Besorgnis erregende Entwicklungen. Wie sehr kritische Berichterstattung politische Entscheidungsträger unter Druck setzen kann und wie diese darauf reagieren, zeigt die jüngste Umstrukturierung des zweiten investigativen Wochenmagazins Cambio, im Februar 2010. Immer wieder deckte Cambio brisante Details und Verbindungen auf: Politikern wurde ihre Zusammenarbeit mit dem Drogenhandel nachgewiesen, Allianzenbildung von Regierungsmitgliedern mit Paramilitärs sichtbar gemacht und Korruption von Parlamentarierinnen belegt. Offiziell aufgrund nicht erfüllter Renditeerwartungen wurde die Redaktion ausgewechselt, das thematische Spektrum der Berichterstattung auf Unterhaltung konzentriert und sowohl Chefredakteurin als auch Geschäftsführer entlassen. Vertreter der Zivilgesellschaft, Journalistinnen und Regierungskritiker liefen Sturm gegen die vom Verlag El Tiempo veranlasste Umstrukturierung. Sie sehen hier ein weiteres Beispiel für die „inzestuöse Beziehung zwischen der politischen Macht und den Medien“, wie es Ignacio Gómez von der Fundación Libertad de Prensa beschreibt (zit. nach Dilger 2010). Seit 2003 gibt der Verlag El Tiempo das Nachrichtenmagazin heraus, er befindet sich mehrheitlich im Besitz des spanischen Planeta-Konzerns.² Im Verlag El Tiempo hat die Familie Santos großen Einfluss, die eng mit der Regierung verbunden ist.

3. Determinanten journalistisch-praktischer Arbeit in Kolumbien

Gleichzeitig bleiben die Problemlagen des kolumbianischen Journalismus drängend und schlagen sich in vielerlei Weise in der alltäglichen Praxis nieder. Obwohl Generationen von Journalisten innerhalb des bewaffneten Konflikts aufwuchsen, ihr Handwerk erlernten und die Berichterstattung über den Konflikt seit vielen Jahren zum Job gehört, zeigen sich nach wie vor viele Mängel in ihrer Arbeitsweise, die zum einen die Konfliktwahrnehmung innerhalb der Gesellschaft verzerren und zum anderen wichtige Aspekte für eine nachhaltige Konfliktbearbeitung vermissen lassen – so werden z. B. neue Problemfelder, Verantwortlichkeiten oder Ursachen des Konflikts immer noch vernachlässigt. Álvaro Sierra, kolumbianischer Journalist und Dozent an der University for Peace der Vereinten Nationen in Costa Rica, beschreibt als eine aktuelle Entwicklung bei der Konfliktberichterstattung in den kolumbianischen Medien, dass Ereignisse und Tatsachen zunehmend verkürzt dargestellt würden.

„Die Medien berichten immer häufiger im Telegramstil: kurz, immer weniger Hintergrundartikel und Reportagen. Und die Situation der Regionen wird in den Medien in Bogotá sehr mangelhaft wiedergegeben“.³

Aktuelle Medienanalysen der Berichte über Paramilitärs und den Implementationsprozess des „Gesetzes für Gerechtigkeit und Frieden“ in Print- und TV-Medien zeigen, dass es an transparentem Umgang mit Quellen – wenn denn welche genannt wurden (im Durchschnitt waren es ein bis zwei Quellen pro Artikel) –, an Kontextualisierung der Informationen, Aufschlüsselung von Entwicklungen und präzisiertem Sprachgebrauch mangelt (Ronderos und Arias 2008: 28f).⁴ Eine andere Untersuchung von 133 Artikeln aus der Tageszeitung El Tiempo, sowie der Nachrichtenmagazine von Semana und Cambio hebt hervor, wie in der Berichterstattung über wieder eingegliederte ehemalige Kämpferinnen und Kämpfer in Verbindung mit dem Friedensprozess in Kolumbien, Stereotypen produziert werden (vgl. Gutiérrez 2007).⁵ Zwar haben technologische

1. Vgl. die Erläuterungen der Direktorin León zum Entstehen und zum selbst erhobenen Anspruch des – vom Open Society Institut (OSI) in New York finanzierten – Projekts unter der Rubrik „Wer sind wir?“ (¿Quiénes somos?) auf der Homepage www.lasillavacia.com.

2. Zur genaueren Beschreibung der Besitzstrukturen innerhalb der kolumbianischen Medien vgl. die Ausführungen im folgenden Kapitel.

3. Das Interview mit Alvaro Sierra führte der Autor telefonisch am 19. Dezember 2008.

4. Während eines Zeitraums von 10 Tagen wurde die Berichterstattung über die Aussagen des Paramilitärführers „El Alemán“ in kolumbianischen Tageszeitungen (El Tiempo, El Colombiano, El Mundo, El Nuevo Siglo), nachrichtlichen Wochenmagazinen (Semana, Cambio) und Nachrichtensendungen im Fernsehen (Noticias Caracol, RCN Noticias) untersucht. Die Analysekriterien waren: Art der verwendeten Quellen, Kontextualisierung der Informationen, Genauigkeit der Informationen und gewählter Erzählstil (Narración).

5. So zeigte die Textanalyse der ausgewählten Artikel, dass 54,4 Prozent die gleiche Sichtweise vertraten, obwohl die Autoren nachweislich mehrere Quellen verwendeten. In 41 Prozent der Fälle werden die verwendeten Quellen nicht angegeben (Gutiérrez 2007: 17). „Die Demobilisierten [Kämpferinnen und Kämpfer, d. A.] wurden in 19 von 30 (63%) der erwähnten Fälle mit negativen Konsequenzen in Verbindung gebracht, mit Bezugnahmen wie: Die Demobilisierung verliert an Kraft; Man weiß nicht was mit den Demobilisierten gemacht werden soll; Sie haben sich in eine Zeitbombe verwandelt; während es den Demobilisierten gut geht, ergeht es den Opfern schlecht; Es kommt zu einer Ablösung in der kriminellen Befehlsgewalt der Demobilisierten; Die Integration von Demobilisierten der FARC in den Prozess ist ein viel zu hohes Risiko“ (ebd.: 22).

Neuerungen (Handy, Satellitenübertragung, Internet etc.) in den vergangenen Jahrzehnten die journalistische Arbeit beschleunigt und eine Konfliktberichterstattung fast in Echtzeit ermöglicht, aber am Schreibtisch recherchierende Redakteurinnen und mit dem Handy interviewende Journalisten zeigen in ihrer Arbeit die Tendenz, ihre Informationen nicht mehr in historisch-gesellschaftliche Verhältnisse einzubetten, Hintergründe bleiben dem Publikum verborgen.

„Immer seltener gehen Reporter – speziell jene aus den Printmedien – raus auf die Strasse und sprechen mit Menschen aus Fleisch und Blut. Die Nachrichten tendieren daher dazu immer ähnlicher zu werden: mit den selben Quellen, der selben kühlen Distanz. Ein Krieg erscheint auf diese Weise sowohl pasteurisiert als auch homogenisiert. Niemand wird davon bewegt. Niemand wird davon angerührt“ (Abello, Baumanns, Cárdenas et al. 1999: 9).

Im Bezug auf Nachrichtenberichte lässt sich ebenfalls feststellen, dass Informationen, Themen und Personen nicht in Zusammenhänge gestellt werden, komplexe Konfliktlagen sind so kaum zu verstehen (Barón et al. 2004: 15).

Der bereits erwähnte Bericht 2003 von PNUD unterstreicht, dass die Medien schon in der Vergangenheit eher reaktiv als proaktiv gearbeitet, sich anstatt auf soziale Verantwortung gegenüber der Gesellschaft auf eigene, gewinnmaximierende Interessen konzentriert und in ihrer Konfliktberichterstattung auf simplifizierende Erklärungsmuster zurückgegriffen haben.¹

Kolumbianische Journalisten machen in ihrer Arbeit immer wieder den Fehler, sich bei der Recherche für Beiträge, Reportagen, Artikel und Nachrichten häufig nur auf Auskünfte offizieller Quellen, wie Regierungsvertreterinnen, Polizei und Militär zu beziehen, anstatt Stimmen von Betroffenen und aus der Zivilgesellschaft einzuholen. Es kommt zu einer verzerrten Konfliktwahrnehmung, da die Regierungsquellen ein anderes Bild vermitteln, als es NGOs und Menschenrechtler im Alltag beobachten und erleben.

Arturo Guerrero, Journalist, freier Autor und Mitarbeiter der Journalistenorganisation Medios para la Paz (MPP), benennt neben der mangelnden Recherche die Selbstzensur als eines der entscheidenden Merkmale des kolumbianischen Journalismus.

„Selbstzensur entspringt der Angst vor Bedrohung und Vergeltung von bewaffneten Akteuren. Insbesondere korrupte Politiker und Mandatsträger gehören zu den Hauptverursachern der Selbstzensur, der Bedrohung und der Taten gegen Journalisten“.²

Die Furcht, für kritische Berichterstattung sanktioniert, bedroht oder umgebracht zu werden, führt bei vielen Journalisten – besonders bei jenen, die in ländlichen Regionen arbeiten – zum Phänomen der „Schere im Kopf“. Informationen, die bei Veröffentlichung das Risiko physischer Bedrohung zur Folge zu haben, werden nicht verwendet, korruptionsaufdeckende Details nicht gebracht und kritische Berichterstattung ausgeblendet.³

Um die Ursachen für diese Mängel in der journalistischen Konfliktberichterstattung ausfindig machen zu können, die es für die Verbesserung der Arbeit und der Arbeitssituation von Journalisten zu beachten gilt, müssen die Wurzeln der Probleme von kolumbianischen Medien offengelegt werden.

3.1. Strukturen der Medienlandschaft

Die Medienlandschaft Kolumbiens zeichnet sich durch eine zentralistische Struktur aus, in der nur vier Unternehmergruppen mehr als 80 Prozent des Medienmarktes kontrollieren (König und Schuster 2008: 356). Aus ökonomischer Perspektive ist diese Landschaft stark, in ihrer geografischen Abdeckung konzentriert sie sich aber hauptsächlich auf die großen Städte.

„Unter den Medien gibt es keine Konkurrenz, es fehlt ihnen an Vielfalt“, so unterstreicht der an der Pontificia Universidad Javeriana arbeitende Kommunikationswissenschaftler, Omar Rincón. Dies zeige sich besonders bei den Zeitungen.

„Es gibt zwar starke Printmedien aber nur ein starkes Medium pro Stadt. Es ist ein medialer Zentralismus, der frappiert“.⁴

1. „Auch sie [die Medien, d. A.] setzen auf kurzfristige Lösungen, simpel, improvisiert und schwankend zwischen Frieden (verhandelt, schnell und günstig) und militärischem Sieg (schnell und leicht). Je nach Situation wurden die bewaffneten Akteure als seelenlose Mörder oder als auf ihrem Lebensweg fehlgeleitete Menschen gesehen; als Armee mit Kommando und Disziplin oder als zerfallene und unorganisierte Verbrecherbanden; als Beschützer siedelnder Bevölkerungsgruppen oder als Kartelle von Drogenhändlern. Die Dialogprozesse wurden als ehrenvolle Auswege oder gewitzte Spielzüge der Guerilla interpretiert. Die Medien nahmen an, dass die bewaffneten Gruppen kompakt, homogen und beliebigen Launen oder messianischer Führung untergeordnet sind. Weil sie die Rationalität der Akteure nicht verstanden haben, interpretierten [die Medien, d. A.] Terrorakte als Irrwitz, die Zahlung von Lösegeld als einziges Mittel gegen Entführungen, den Paramilitarismus als ein kleineres Übel und den Dialog des Bürgermeisters mit einem Kommandant wie einen Betrug. Die Berichterstattung blieb ohne Bezug zu den ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Entwicklungen. Diese bestimmen in Wirklichkeit die Entwicklungen und Folgen der Gewalt“ (PNUD 2003: 429).
2. Das Interview mit Arturo Guerrero führte der Autor am 11. Dezember 2008 in Bogotá.
3. MPP ermutigt die Journalisten, ihre Berichte Redaktionen der Großstädte oder internationalen Medien anzubieten – als Gegenstrategie, so dass die Artikel herauskommen, ohne den Autoren zu schaden (aus Interview Guerrero: 11/12/2008).
4. Das Interview mit Omar Rincón führte der Autor am 20. Dezember 2008 in Bogotá.

So gibt es in Barranquilla an der Karibikküste die Tageszeitung "El Heraldo", in Medellín "El Colombiano", in Cali "El País", in Pereira "La Tarde", in Bucaramanga "Vanguardia Liberal" und in Bogotá die "El Tiempo" sowie "El Espectador".

Der Radiosektor wird heute von zwei Privatsendern bestimmt, die sich in Inhalt sowie Art und Weise der Berichterstattung sehr ähneln: den Sender Caracol und Radio Cardena Nacional (RCN). Beide betreiben gleichzeitig die meist gesehenen privaten Fernsehsender des Landes.

Das führende Medium Fernsehen, fungiere heute nicht mehr als Informationsquelle, sondern biete in erster Linie Spektakel, Klatsch und Tratsch und diene vorwiegend dem Vergnügen der Bevölkerung (aus Interview Rincón: 20/12/2008). Zwar gebe es im Fernsehen investigative Programme, wie die Sendung „Contravía“ des Journalisten Holman Morris oder das Nachrichtenmagazin „Noticias Uno“ von Daniel Coronel, doch hätten diese zu geringe Einschaltquoten, um einen signifikanten Einfluss auf den öffentlichen Diskurs auszuüben.

„Obwohl die Menschen nicht viel lesen“, so Rincón, sind die Printmedien „sehr wichtig, weil sie die Entscheidungsfindung von politisch und wirtschaftlich Mächtigen beeinflussen“ (ebd.).

Bezogen auf die zentralistischen Medienstrukturen und deren gesendete Inhalte, vermerkt der für die „El Tiempo“ schreibende Journalist weiter, dass die in den Regionen lebende Bevölkerung müde von der Großstadtberichterstattung geworden sei. Bürger- oder Gemeinderadiosender hätten für die lokale Bevölkerung eine größere Bedeutung. Landesweit gibt es mittlerweile mehr als 800 dieser kommunalen Radiostationen. Die neu entstehende Medienkultur führe zu einer größeren Identifikation der Bevölkerung mit den Medieninhalten und erlaube vorsichtige Demokratisierungstendenzen, ausserhalb der großen Städte.

Neben der Urbanisierung prägen geografische Determinanten und die Präsenz illegaler oder legaler bewaffneter Akteure Medienlandschaft und Berichterstattung. Nicht nur die schwer zugänglichen Gebiete, mit mangelnder Infrastruktur oder schwierigen Geländebedingungen – für Journalistinnen mit entsprechendem Sendeequipment oder Übertragungswagen etc. – müssen von Medien berücksichtigt werden, sondern auch die lokalen Machtkonstellationen zwischen den in der Region herrschenden Gewaltakteuren. Die Produktionen für Radio, Fernsehen und Zeitung – Liveschalten, Reportagen in den Regionen des Landes, umfangreichere Recherchereisen für Schwerpunktthemen – benötigen eine kostenintensive Logistik (auch technologischer Art), die in die Millionen gehen kann, und die auf diese Weise für kleinere Medienunternehmen unbezahlbar sind (Floréz 2008: 77).

Die vier Unternehmensgruppen, die den kolumbianischen Medienmarkt zum großen Teil unter sich aufteilen, sind: Santo Domingo, Ardila Lülle, Casa Editorial El Tiempo und die spanische Gruppe Prisa, wobei dieser Konzentrationsgrad im Mediensektor im lateinamerikanischen Vergleich nicht aussergewöhnlich ist (Mastrini und Becerra 2006: 198). Die Monopolisierungstendenzen, die sich sowohl auf die Informationen für die Bevölkerung als auch auf die politische Landschaft auswirken, sind einer fehlenden strikten Mediengesetzgebung zu verdanken.

„Die Konzentration der Medien, die – mangels eines politischen Willens der aktuellen Regierungen, (deren Kampagnen von wirtschaftlichen Gruppen finanziert sind) – ohne regulierenden Eingriff des Staates verlief, hat in Kolumbien bewirkt, dass sich Medienbesitzer, Informanten, Werbekunden, die Öffentlichkeit und der Staat ihrer Verantwortung gegenüber dem Recht auf Information entziehen. Dies führt zu einer zunehmenden Verstrickung mit partikularen Interessen in einer Weise, dass die ‚Vierte Macht‘ nur noch eine simple Illusion ist“ (zit. nach Mastrini und Becerra 2006: 179),

so María kommentiert Teresa Herrán, u. a. Medienanalytistin und Forscherin an der Pontificia Universidad Javeriana, die Auswirkung der Konzentration im Mediensektor.

Was Darío Acevedo Carmona, Historiker an der Universidad Nacional sede Medellín, ein Hand-in-Hand-gehen des Journalismus mit der Politik in Kolumbien nannte – „in unserem Land gingen Journalismus und Politik innig Hand in Hand (...)“ (Acevedo 2003: 283) – ist auch heute noch ein gravierendes Problem der Medienlandschaft. Gerade in den Zeiten der liberalen Marktöffnung in den 1990er Jahren haben sich die bis dahin eher traditionellen Familienunternehmen in mediale Großkonzerne gewandelt, die eng mit politischen Zirkeln verbunden sind.

„Es gibt keine Unabhängigkeit, die großen Medien sind generell eng verknüpft mit politischen Interessen. Dadurch gibt es auch keine unabhängige Konfliktberichterstattung“,

so Rocío Castañeda, Koordinatorin des Arbeitsbereichs „Opinión Pública“ des Friedensprogramms von CINEP.¹

Diese Verbindung zwischen Politik und Medien wird beispielhaft deutlich am Fall des Casa Editorial El Tiempo, welches zu über 50 Prozent der Familie Santo gehört, die gleichzeitig auf politischer Ebene den Vizepräsidenten und den Verteidigungsminister stellt. Die Verstrickung von Politik und Medien findet allerdings auch im kleineren Rahmen statt. So berichtet Eduardo Márquez, Direktor des Centro de Solidaridad de Colombia de la Federación Internacional de Periodistas (CESO-FIP), dass

1. Das Interview mit Rocío Castañeda führte der Autor am 29. Dezember 2008 in Bogotá.

bei einem Blick in die Liste der Besitzer der Gruppe „Vanguardia Liberal“, die ungefähr 10 Zeitungen betreibt, ebenfalls politische Einflüsse deutlich werden.¹

3.2. Arbeitsbedingungen der Journalisten

Zur Struktur der Medienlandschaft, die für eine freie Berichterstattung ohnehin problematisch ist, kommen die komplizierten Arbeitsbedingungen für Journalistinnen. Es gibt Mängel bei der Bereitstellung von Equipment, Reise- und Recherchekosten, aber auch in Bezug auf die finanzielle und soziale Absicherung. Die „condiciones laborales“ (Arbeitsbedingungen) variieren stark zwischen Stadt und Land, sowie zwischen den Regionen.

Die Ende der 1990er Jahre einsetzende ökonomische Krise in Kolumbien (1997-2001), sowie die voranschreitende Privatisierung im Mediensektor, allen voran im Fernsehbereich, hatte die Entlassung von 590 Journalisten aus Fernseh-, Radio- und Zeitungsredaktionen zur Folge – nicht mitgezählt sind hier die Journalistinnen, die auf freiberuflicher Basis arbeiten.²

Die kritische und investigative Berichterstattung der liberalen Tageszeitung *El Espectador* zur Drogenökonomie und der damit einhergehenden Korruption im Land führte zu einer ökonomischen Krise der zweitgrößten Tageszeitung Kolumbiens und zog eine Entlassungswelle in der Redaktion nach sich, durch die die Belegschaft um 67 Prozent reduziert wurde. Weil die Redaktion sich weigerte, Anzeigen korrupter Unternehmen im Blatt abzdrukken, hatte *El Espectador* massive finanzielle Einbußen. Ausserdem attackierten Drogenhändler immer wieder Redaktionsräume und Mitarbeiter der Zeitung. Trotz des Versuches der Zeitung mit Geldspritzen wieder auf die Beine zu helfen, konnte nicht verhindert werden, dass das seit 115 Jahren täglich erscheinende Blatt auf eine sonntägliche Wochenzeitung zurückgestuft werden musste.³ Als einzige überregionale Tageszeitung mit einem ähnlichen politischen Gewicht blieb somit nur noch die *El Tiempo*.

Durch die ökonomische Krise zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurden viele vormals fest angestellte zu freiberuflichen Journalisten. Sie erhielten durchschnittlich 70 000 Pesos (etwa 30 €) pro veröffentlichtem Beitrag und mussten – da Personal abgebaut wurde – zwischen 12 und 15 Stunden arbeiten (MPP 2004: 9f). Heute haben 51 Prozent der kolumbianischen Journalisten eine „vinculación laboral“ (gesichertes Arbeitsverhältnis) durch einen unkündbaren festen Vertrag (Mastrini und Beccerra 2006: 180). Die übrigen sind so genannte feste Freie Mitarbeiterinnen mit einem 1-Jahres-Vertrag (21 Prozent), oder sie arbeiten ganz frei und bekommen ausschließlich einzelne Beiträge, Artikel und Reportagen bezahlt, ohne irgendeine soziale Absicherung (12 Prozent). Eine weitere Gruppe lebt lediglich von ausgeschriebenen Werbeetats politischer Akteure und Wirtschaftsunternehmen (16 Prozent). Die Reporter platzieren Aktivitäten und Produkte der Kunden in ihren Sendungen oder Artikeln und werden dafür bezahlt.⁴

Der Wandel in der kolumbianischen Medienlandschaft wirkte sich auch auf die Personalstruktur in den Redaktionen aus. Es komme zu einer Verjüngung in den Redaktionen, die einen Mangel an professioneller Erfahrung im Beruf mit sich bringe, so Omar Rincón. Heute haben 84 Prozent der in Kolumbien arbeitenden und registrierten Journalisten eine zertifizierte Ausbildung, die übrigen 16 Prozent sind so genannte – durch lange Erfahrung im Beruf qualifizierte – „periodistas empíricos“ (Mastrini und Beccerra 2006: 180).

1. Die Probleme, die für Journalisten aus dieser Verquickung von Wirtschaft, Politik und Medien entstehen, sind für Márquez, mit dem der Autor ein Interview am 20. November 2008 in Bogotá führte, eindeutig: „Es ist absolut klar, dass die hier betroffenen Journalistinnen und Redakteure einen ersten Typ von Selbstzensur durchlaufen. Natürlich werden bei der *El Tiempo* angestellte Journalisten nicht den Vizepräsidenten [Francisco Santos, d. A.] angreifen, denn er ist Gesellschafter. Auch den Verteidigungsminister [Juan Manuel Santos, Ende 2009 von seinem Amt zurück getreten und voraussichtlich Präsidentschaftskandidat in den Wahlen 2010, d. A.] sowie seine Politik der Demokratischen Sicherheit, können sie nicht engagiert attackieren, denn auch er ist Gesellschafter der Zeitung aus dem Hause Casa Editorial. Ein anderer Fall ist RCN. Ein dort arbeitender Journalist kann sich nicht mit den Zuckerrohrschneidern solidarisch zeigen, die fordern, als vollwertige Arbeiter anerkannt zu werden. Denn dann verliert er mit Sicherheit seinen Job. Zum einen wird die Selbstzensur bestimmt durch unternehmerische oder politische Interessen der Medien selbst und zum anderen folgen Journalisten, ohne dass es ihnen jemand sagt, diesen Linien“ (aus Interview Márquez: 20/11/2008).
2. Die 1997 gegründeten privaten Fernsehsender Canal RCN und Caracol erhielten 2001 85 Prozent des öffentlichen Werbebudgets. Durch die Privatisierung und die allgemein angespannte wirtschaftliche Lage in dieser Zeit, kam es auf diese Weise zu einer „reducción de voces y opiniones“ (López de la Roche 2005: 29). Von 15 der im Jahr 2001 existierenden Nachrichtensendungen, blieben lediglich zwei im Geschäft: Noticiero CM& und Canal Uno. Auch der Kultur- und Bildungsender La Señal musste seinen Betrieb einstellen (Fundación Guillermo Cano Isaza 2006: 16).
3. Seit Mitte 2008 erscheint die *El Espectador*, die in den Besitz der Gruppe Santo Domingo übergang, wieder täglich. Die Tageszeitung *El País* veröffentlichte anlässlich der ersten neu erscheinenden Ausgabe als Tageszeitung den Artikel '*El Espectador' regresa como diario*. Im Internet abzurufen unter: http://www.elpais.com/articulo/internacional/Espectador/regresa/diario/elpepuint/20080512elpepuint_4/Tes, zuletzt abgerufen am 19. Februar 2009.
4. Die von Mastrini und Beccerra zuletzt genannte Zahl von 16 Prozent erscheint eher fraglich angesichts der Tatsache, dass eine nationale, umfassend anerkannte Journalistenorganisation oder Gewerkschaft nicht existiert, und damit die Erhebung der Arbeitsverhältnisse und die Gesamtzahlen von in Kolumbien tätigen Journalistinnen nur als Tendenz genommen werden können.

„Die so genannten ‚empirischen‘ Journalisten weichen der größer werdenden Zahl an professionellen Journalisten, die in Journalistikschulen oder Fakultäten der Kommunikationswissenschaften ausgebildet wurden. Andere stammen aus unterschiedlichen Disziplinen, aber mit universitären Abschlüssen und Mediene Erfahrungen“ (Rey 2007: 34).

Innerhalb der Medien hat sich eine starke Hierarchie zwischen Direktoren bzw. leitenden Redakteurinnen und dem großen anderen Teil der Redaktion heraus gebildet, in der die Löhne nicht festgelegt sind.¹

„Die Erstgenannten sind Medienakteure mit enormer Macht, hohen Gehältern und öffentlichem Ansehen, die wegen ihres Divatums und ihrer exzessiven Geltungssucht kritisiert werden. Dadurch nähern sie sich auf eine gefährliche Weise an die Zentren der Macht, von denen sie schließlich selbst ein Teil werden“ (ebd.).

Eine ausbleibende Reform dieser disparaten Lohnstrukturen im Journalismussektor, die damit einhergehende fehlende finanzielle und soziale Absicherung in Verbindung mit einem aus journalistisch-ethischer Perspektive problematischen Entlohnungssystem für geleistete Arbeit, führt heute zu einer Abhängigkeit von Journalisten in ihrer Arbeit, die die Presse- und Meinungsfreiheit enorm beeinflusst. Als Gegenleistung für produzierte Beiträge in Zeitung, Radio und Fernsehen erhalten Freie Mitarbeiterinnen (ohne andere Vertragsregelungen) als „Lohn“ Sendezeit bzw. Platz in einem Printmedium, die sie als „cupos“ (Kapazitäten) an Werbekunden verkaufen können. Manchmal bekommen sie dazu einen Mindestlohn ausgezahlt, der momentan bei knapp 491 000 Pesos (ca. 186 Euro) liegt – oder gar nichts. Gerade die Bedeutung der „pautas publicitarias“ (Werbeaufträge), von denen die Sicherung des Lebensunterhaltes vieler Medienschaffender abhängt, ist extrem angewachsen. Alle, für diese Studie interviewten Expertinnen und Experten bewerteten diese Tatsache als eines der aktuell gravierendsten Probleme im kolumbianischen Journalismus und hoben hervor, dass eine solche „Entlohnungsweise“ besonders in den ländlichen Regionen verbreitet sei. Gerade hier sind die Etats privater Unternehmen relativ gering, während staatliche Institutionen über einen höheren Werbeetat verfügen – die Summen machen insgesamt 50-60 Prozent der öffentlichen Werbaufträge aus (ADC 2008: 58). Dieser Umstand erhöht die potentielle Gefahr der politischen Einflussnahme auf journalistische Berichterstattung deutlich. Carlos Cortés, von 2005-2009 Direktor der Fundación para la Libertad de Prensa (FLIP) und Kommunikationswissenschaftler unterstreicht:

„Die lokalen Behörden nutzen die öffentlichen Werbeaufträge willkürlich aus. Die Medienunternehmer garantieren keine akzeptablen Arbeitsbedingungen, was sich unverzüglich gefährdend auf die journalistische Unabhängigkeit auswirkt. Nicht nur bezogen auf das Überleben der Journalisten, sondern auch auf die mögliche Recherche und die Vertiefung von Themen“ (Cortés: 7/01/2009).²

Der Radiojournalist Fernando Carvajal Díaz aus dem Bundestaat Popayán berichtet:

„Die Nachrichtenberichtersteller leben überwiegend von den öffentlichen Werbeeinnahmen. Wobei sie [die Journalisten, d. A.] die Werbeplätze zuerst dem Bürgermeister und den öffentlichen Einrichtungen anbieten. Bei denen wird begonnen, da sie am meisten bezahlen“ (zit. nach ADC 2008: 58).³

Mabel Morales, seit mehr als 20 Jahren leitende Nachrichtenredakteurin beim Radio RCN in Barranquilla, verweist darauf, dass ihr Lohn kaum zum Leben ausreicht, und dass sie auf den Abschluss von Werbeaufträgen angewiesen sei – so wäre es schon immer gewesen, seitdem sie mit dem Radio angefangen habe (ebd.: 57).⁴

Dass sich außerdem die Arbeitssituation in den ländlichen Regionen deutlich von jenen in der Stadt unterscheidet, hebt Fabio López de la Roche, Historiker und Medienwissenschaftler am Instituto de Estudios Políticos y Relaciones Internacionales (IEPRI) an der Nationalen Universität Kolumbiens in Bogotá hervor. Während in der Hauptstadt und in anderen Großstädten relativ gute Bedingungen für journalistische Arbeit vorzufinden sind – was intellektuelle, institutionelle und finanzielle Ressourcen betrifft – zeigt sich in den Regionen ein anderes Bild. Die stattgefundenen Lernprozesse von Journalisten, bezüglich ihrer Rolle in der Konfliktberichterstattung und im Friedensprozess, variiert stark. In armen und weitabgelegenen Regionen des Landes sind die Journalistinnen vor allem „empíricos“ und es mangelt an Möglichkeiten, über die ihre Kolleginnen und Kollegen in den großen Städten verfügen (De la Roche 2005: 40). Die journalistischen Lernprozesse mit Themen wie systematische Recherche, Berufsethik, Beherrschen von verschiedenen Stilmitteln, verinnerlichte Arbeitsnormen und Weiterbildung ist damit sehr verschieden in den jeweiligen Regionen (ebd.).

1. Dies berichtet Paola Valderrama, bis 2009 Projektkoordinatorin bei der Organisation Proyecto Antonio Nariño (PAN) in einem Interview mit dem Autoren am 3. Dezember 2008 in Bogotá. „Es gibt keine Regeln was die Lohnbestimmungen der Journalisten betrifft oder wie entschieden wird, dass beispielsweise eine TV Moderatorin 30 Millionen Pesos [c.a. 11 380 € pro Monat, d. A.] und ein Reporter 1 Million Pesos [c.a. 380 € pro Monat, d. A.] verdient. Ich glaube die Kriterien orientierten sich bisher mehr an der Werbung, der Einschaltquote und den entstehenden Dynamiken dieser beiden Faktoren, anstatt an Maßstäben der Arbeit wie Leistung und Ausbildung“ (aus Interview Valderrama: 03/12/2008).
2. Das Interview mit Carlos Cortés führte der Autor am 7. Januar 2009 in Bogotá. Am 23. April 2009 wurde diese Problematik von Cortés auch der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im Rahmen der „Sesión Especial sobre el Derecho a la Libertad de Pensamiento y de Expresión y la Importancia de Medios de Comunicación“ vorgetragen. Zum globalen und gezielten Einsatz dieser Abhängigkeitsbeziehungen als Instrument der „soft censorship“ von Regierungen gegen Journalistinnen und Medien vgl. u. a. Podesta 2009.
3. Einnahmen, die Journalistinnen machen können, wenn sie die freien Kapazitäten in ihren Sendungen an Händler, Geschäfte, Firmen etc. verkaufen, liegen bei weitem unter den Summen, die politische Einrichtungen und Akteure zahlen (ebd.).
4. Das Problem der „pautas publicitarias“ ist in vielen Ländern Lateinamerikas zu beobachten. Vgl. hierzu ADC 2008.

Ein weiterer ökonomischer Faktor beeinträchtigt speziell eine qualitativ hochwertige Berichterstattung über das Konfliktgeschehen. Logistisch aufwendige Produktionen werden nicht ausreichend von Redaktionen und Herausgebern finanziert, so dass Reporterinnen in Konfliktzonen oft auf die Kooperation mit den Streitkräften (Militärtransporte per Hubschrauber, etc.) angewiesen sind oder auf anderem Weg in die schwer zugänglichen Gebiete kommen müssen.

„Ich musste oft von meinem Chef hören: ‚Ah, nein ..., wenn Sie das Militär nicht mitnimmt ..., es gibt kein Geld‘. Es ist sehr schwer, einen neutralen und objektiven Bericht zu machen, wenn Du mit den Streitkräften mitreist“ (MPP 2004: 25).¹

Rechercheteams, die in die Regionen reisen, um Informationen und Interviews zu sammeln, wurden im Lauf der Zeit reduziert (Floréz 2008: 76). Bezahlt die Redaktion allerdings die entsprechenden Kosten, entsteht bei manchen Journalisten Publikationsdruck. Um die Investition vor der Chefin rechtfertigen zu können, erfinden sie mitunter sensationelle Meldungen bzw. Geschichten und schicken sie an die Heimatredaktion (MPP 2004: 25).²

Obwohl die schlechten Arbeitsbedingungen ein grundlegendes strukturelles Problem des kolumbianischen Journalismus sind, welche die Qualität der Konfliktberichterstattung direkt beeinflussen und determinieren, bleiben sie weitgehend unangetastet. Eduardo Márquez, von der Unterstützungsorganisation für Journalisten CESO-FIP, kritisiert:

„Keiner NGO [Nichtregierungs-Organisation, d. A.] gefällt es, diese Themen zu bearbeiten – tatsächlich macht es auch keine –, denn dies heißt, sich mit den Medienunternehmern und den Arbeitgebern direkt anzulegen“ (aus Interview Márquez: 20/11/2008).³

3.3. Ausbildung von Journalisten

40 kolumbianische Universitäten und Fachinstitutionen bieten die Ausbildung zur Journalistin an. Mangelnde Analysefähigkeit, fehlende Kenntnisse der Geschichte des eigenen Landes und deshalb gravierende Probleme bei der historischen Einbettung aktueller Ereignisse sowie ein kaum vorhandenes Verständnis des politischen Systems, seines Aufbaus oder seiner Aufgaben- und Problembereiche – so kritisierten Teilnehmer und Referentinnen der „II. Conferencia Internacional – Estrategias de apoyo al periodismo y los medios en Colombia“, im November 2008 in Bogotá kolumbianische Studenten der Kommunikationswissenschaften und des Journalismus. Diese Situation beobachtet auch Ana Lucía Duque, Dozentin in der Escuela de Redacción de El Tiempo, in der bereits arbeitende Journalisten weitergebildet werden. Sie plädiert für einen Wandel des Journalismusstudiums in einen Postgrado (Aufbaustudiengang). Es habe sich gezeigt, so Duque, dass Redakteure und Reporterinnen, die bereits ein anderes Fachstudium abgeschlossen haben, fähiger für kritische Analyse und die Erläuterung komplexer Sachverhalte, aber auch im Umgang mit journalistischem Handwerk (Recherche, Quellengebrauch, Internetnutzung etc.) seien, außerdem verfügten sie über eine umfassendere Allgemeinbildung. Omar Rincón, der u. a. als Journalistikprofessor an zwei Universitäten lehrt, sieht ebenfalls strukturelle Probleme in der Ausbildung, allerdings sei das nicht die Schuld der Studentinnen, sondern in erster Linie ihrer Lehrer:

„Ich glaube, wir haben dabei versagt, Kommunikationswissenschaftlern und Journalisten beizubringen, mit den eigenen autonomen Kopf zu denken. Wir lehren sie, Theorietexte der Kommunikationswissenschaften und der Politik wiederzugeben, aber nicht, die Welt aus der Logik der Kommunikation zu betrachten, was Denken mit dem eigenen Kopf bedeuten würde. Sie sind Journalisten, die nichts zu berichten haben. Sie haben keinen Bezug zur Welt. Sie wissen viele journalistische Techniken, wie Interviews zu führen oder Reportagen zu schreiben, aber sie haben nichts zu erzählen. Sie recherchieren nicht viel, können das Publikum bzw. die Leserschaft nicht fesseln, weil sie sich nicht mit der Gesellschaft und ihren Empfindungen befassen. Das aber ist fundamental wichtig für den Journalismus“ (aus Interview Rincón: 18/12/2008).

Viele Hochschulen sind privat finanziert und verlangen Studiengebühren, die angesichts der großen Armut im Land problematisch erscheinen.⁴ Rocío Castañeda, vom CINEP, kritisiert darüber hinaus die Lehrinhalte.

1. Das Zitat stammt aus einer Studie, die die Journalistenorganisation Medios para la Paz (MPP) durchführte. Dabei wurden 120 in Konfliktzonen lebende und arbeitende bzw. durch ihre dortige Arbeit bedrohte Journalistinnen und Redakteure aus Radio, Fernsehen und Zeitung interviewt. Ziel war es, zu analysieren, wie Informationen über den Konflikt produziert werden. Darüber hinaus galt es, die Beziehung zwischen journalistischer Arbeit und Bedrohungen oder Risiken, die Journalisten immer wieder erfahren, offen zulegen.
2. Von einem Fall berichtet ein Journalist aus Bogotá: „Nachdem wir bereits eine Woche mit der Armee mitreisten, ohne dass was passierte, schlossen wir Journalisten einen Pakt. Wir fünf fragten: Was machen wir, damit wir was nach Bogotá zu berichten haben? Wir haben keine Toten, nur verlassene Lager, und nicht einen Guerillero. (...) Mit diesen [wenigen, d. A.] Informationen hätten man uns alle rausgeworfen. Die Abmachung bestand darin, die Schlagzeile ‚Hundert Guerilleros getötet in der größten Militäroffensive aller Zeiten‘ zu melden. Das war stark und kam auf der ersten Seite der Zeitungen. Und es war ein Skandal. Natürlich ... danach haben unsere Kollegen gesagt das wir vom Militär bezahlte Journalisten waren“ (MPP 2004: 24). Zwar stellen Fälle wie dieser die Ausnahme dar, doch kommen sie vor.
3. Einzige Ausnahme bildet die Federación Colombiana de Periodistas (FECOLPER), die mit Hilfe der CESO-FIP vor einigen Jahren gegründet wurde. Weitere Ausführungen dazu folgen im Schlusskapitel des Artikels.
4. Die Semestergebühren bewegten sich 2001 zwischen 500 bis 2000 US Dollar, was sich lediglich Angehörige der Ober- und oberen Mittelschicht leisten können (Schumacher 2001: 53).

„In der Universität mangelt es an einer Beschäftigung mit den Themen der Ethik, an Training professioneller und praktischer Routine im journalistischen Alltag, sowie Hilfen für eine verantwortliche Produktion“ (Castañeda: 29/12/2008).

Diese Ausbildungsdefizite spitzen sich in ländlichen Regionen, in denen es wenige Hochschulen oder Fachinstitutionen gibt, enorm zu. Das unterstreicht auch German Rey, Professor für Kommunikationswissenschaften an der Pontificia Universidad Javeriana in Bogotá. Die Angebote konzentrierten sich auf die Großstädte des Landes (Rey 2007: 35). Die Probleme im Ausbildungsbereich seien nach wie vor groß, aber er könne generell eine Professionalisierung des kolumbianischen Journalismus in den vergangenen 20 Jahren feststellen.

3.4. Die Sicherheitslage

„Weil das Neutralitätsprinzip gegenüber der Zivilbevölkerung – zu der auch Journalisten zählen – permanent negiert wird, sind sie [die Journalisten, d. A.] innerhalb des bewaffneten Konflikts einem ständigen Risiko ausgesetzt. Häufig zwingen Konfliktparteien (staatliche Sicherheitskräfte, Paramilitärs oder Guerillagruppen) Journalisten, die weiterhin aus einer Kampfzone berichten wollen, sich zur Propaganda für deren jeweilige Sache [der bewaffneten Akteure, d. A.] zu verpflichten. Und dies ist nur im besten Falle so ...“.¹

So beschreibt Andrés Monroy, bis Oktober 2009 Rechtsberater bei CESO-FIP und Experte zum Thema Informationsfreiheit in Kolumbien, die Lage von Reportern, die den Konflikt zum Thema machen wollen. Außerdem sei die Gesellschaft derartig polarisiert, dass viele Menschen nur noch eine Unterscheidung in „Freund oder Feind des Staates“ vornähmen. Journalistinnen gerieten schnell ins Fadenkreuz der Gewaltakteure, staatlicher und nicht staatlicher Seite, wenn sie „militärische Aktionen wie extralegale Hinrichtungen – in verharmlosender Weise ‚falsche Erfolgsmeldungen‘ (falsos positivos) genannt – in Frage stellen, wenn sie in unabhängiger und objektiver Weise versuchen, über den Konflikt zu berichten oder wenn sie schwere Menschenrechtsbrüche untersuchen“ (aus Interview Monroy: 4/2/2010).²

Aktuelle Zahlen zeigen, dass die Fälle physischer Gewalt gegen Journalisten und Medienschaffende in Kolumbien in den vergangenen Jahren stagnieren. Weder konnte eine signifikante Abnahme noch eine entsprechend starke Zunahme verzeichnet werden, wie es die FLIP in ihrem aktuellen Lagebericht vermerkt. Die Aggressionen gegenüber Journalisten reichten von erniedrigender Behandlung bis zu körperlichen Übergriffen, die von Beamten und staatlichen Sicherheitskräften ausgingen. 2009 wurden 157 Fälle von „violaciones a la libertad de prensa“ (Verletzung der Pressefreiheit) registriert, was im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme bedeutet (2008 wurden 129 Fälle verzeichnet). Bei einem komparativen Blick auf die letzten Jahre zeigt sich die Persistenz der Unsicherheitslage für Journalisten (2006 kam es zu 140 registrierten Fällen; 2007 zu 162).³ Im Jahr 2009 wurden 74 Journalisten bedroht und 30 in der einen oder anderen Form misshandelt. Die Schwierigkeiten bei der Bezifferung physischer Gewalt werden deutlich, wenn es um die aktuellen Morde an Journalisten geht. Während 2008 keine registriert wurden, bestätigte die FLIP 2009 einen Mord an einem Journalisten, der nachweislich mit dem Beruf des Opfers zusammenhänge. „Reporter ohne Grenzen“ registriert zusätzlich noch den Mord an dem Journalisten Diego Rojas Velásquez am 22. September in der Nähe von Caramanta im Nordosten des Landes. Und der kolumbianische Journalistenverband Federación Colombiana de Periodistas (FECOLPER) geht von 6 Morden an Journalisten im Jahr 2009 aus.⁴ Verantwortlich für die unterschiedlichen Angaben seien verschiedene Filtersysteme, weiss Andrés Monroy. Während FECOLPER alle Morde an Journalistinnen und Medienschaffenden aufzeichnet, baute die FLIP einen Filter ein: er bewertet nur die Morde als relevant für die Statistik, bei denen der Nachweis für einen direkten Zusammenhang mit dem

1. Das Interview mit Andrés Monroy führte der Autor telefonisch am 4. Februar 2010.
2. Mit den „falsos positivos“ sind jene systematischen Morde staatlicher Streitkräfte an Zivilisten gemeint, die in den vergangenen Jahren in Kolumbien von Menschenrechtsorganisationen, nationalen und internationalen Medien aufgedeckt und dokumentiert wurden. Nach der Tötung unschuldiger Bürger, zumeist Männer, wurden ihnen Uniformen angezogen und sie wurden als Guerillakämpfer ausgegeben. Der Grund: so sollten die Erfolgsbilanzen des militärischen Vorgehens der Regierung zur Beendigung des Konflikts geschönt werden. Es gab u. a. Abschlußlisten getöteter Guerilleros, deren Ermordung mit Geld oder Urlaubstagen für die Soldaten belohnt wurden. An dieser Stelle fehlt der Platz, weiter auf die mit den extralegalen Hinrichtungen zusammenhängenden Ereignisse und Hintergründe einzugehen. Bei Interesse ist die allgemeine Berichterstattung von nationalen und internationalen Medien zu empfehlen.
3. Unter „violaciones a la libertad de prensa“ subsumiert die Fundación Libertad de Prensa (FLIP) folgende Indikatoren: Aggressionen (inhumane und erniedrigende Behandlungen) gegenüber Journalistinnen, Entführungen, Behinderung journalistischer Arbeit, im Konflikt verletzte Medienvertreter, Anschläge auf mediale Infrastruktur, Morde, illegale Festnahmen und Bedrohungen. Der in diesem Zusammenhang benutzte Begriff der Pressefreiheit orientiert sich in seiner Form am Recht der Freien Meinungsäußerung, welches eine adäquate Mixtur zwischen freier Meinung, der Möglichkeit diese offen zu ver- bzw. übermitteln, dem freien Zugang zu Quellen und ihrer einschränkungsreichen Verbreitung darstellt (Vivanco 2007: 11). Zu weiteren Informationen und Definitionen der von der FLIP verwendeten Indikatoren vgl. die Angaben auf der Homepage der Organisation, im Internet abzurufen unter: <http://www.flip.org.co/secciones/rap/definicion.html>, zuletzt abgerufen am 30. Dezember 2009.
4. In ganz Lateinamerika sei es 2009 zu 30 Morden an Journalisten gekommen, wobei Kolumbien, nach Mexiko (mit 13 Morden) an Platz zwei steht, noch vor Guatemala (4), Honduras (2) und Brasilien (2), so FECOLPER in einer Pressemitteilung am 17. Dezember 2009. Zu weiteren Informationen zu FECOLPER sowie entsprechenden Dokumenten vgl. die Homepage der mit ihr kooperierenden Organisation CESO-FIP: www.fipcolombia.com.

Beruf des Opfers einwandfrei erbracht wird. Die Tatsache, dass Journalisten und Redakteurinnen oft zusätzlich Nebenberufe ausüben, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, und während der Ausführung eines solchen ermordet werden, verschleiert häufig den Zusammenhang mit ihrem journalistischen Beruf.

Insgesamt wurden in den vergangenen 30 Jahren mehr als 130 Journalisten in Kolumbien wegen ihrer Arbeit ermordet, d. h. durchschnittlich 4 bis 5 jährlich.

Einschüchterungen und Bedrohungen, soweit sie angezeigt und registriert wurden, bleiben die häufigsten Formen der Gewalt gegen Journalistinnen.¹ Sie geschehen nach Angaben der Pressestiftung FLIP zum Beispiel per Telefonat, Textmessage oder Mail. Außerdem würden die Polizei oder andere staatliche Autoritäten dieses Problem nicht ernst genug würdigen (FLIP 2009: 17). Tatsächlich gingen von Beamten und staatlichen Sicherheitskräften ca. 40 Prozent der beschriebenen Verletzungen im Jahr 2009 aus (FLIP 2010: 20), während es im Vorjahr 31 Prozent waren (FLIP 2009:12). Allerdings besteht auch hier ein deutlicher Unterschied zwischen Stadt und Land, wie Carlos Cortés Castillo berichtet:

„In Kolumbien gibt es starke Institutionen. Allerdings befinden sich diese in sehr zentralisierter Weise nur in einigen Städten oder in Bogotá. Jene Zonen des Landes, in denen es eine schwache Staatsanwaltschaft gibt, wo lokale Verwaltungsorgane von bewaffneten Gruppen kontrolliert werden, wo sich Unternehmen des Drogenhandels etabliert haben und in denen ein allgemeines Klima der Gewalt herrscht, das sind Regionen wo Journalisten ihre Arbeit definitiv schwer gemacht wird“ (aus Interview Cortés: 07/01/2009).

Die am stärksten betroffenen Regionen sind die Bundesstaaten: Valle del Cauca, Atlántico, Antioquia, Caldas, Tolima und Huila. Am häufigsten wurden Pressevertreter und damit die Pressefreiheit in der Hauptstadt verletzt. Dies Zahl rührt daher, dass die Medienkonzentration in Bogotá am stärksten ist und dort viele Journalistinnen arbeiten.

Die Auseinandersetzung mit den Problemen der Korruption und des internen bewaffneten Konflikts erhöht für Journalisten deutlich das Risiko, bedroht zu werden oder physische Gewalt zu erfahren. Besonders die Berichterstattung über Belange der öffentlichen Ordnung (bewaffnete Konfrontationen, Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, Berichterstattung über Morde etc.), so Mauricio Durán, bei der FLIP zuständig für Schutz und Monitoring, provoziert die höchste Zahl an gewalttätigen Übergriffen auf Journalistinnen.²

Staatliche Schutzprogramme, von der Regierung 2009 mit mehr als 85 000 Millionen Pesos (ca. 32,2 Millionen €) finanziert, verbleiben nach wie vor defizitär. Das bereits 1997 vom Innenministerium initiierte Programm u. a. für bedrohte Journalisten verzeichnet in seiner praktischen Umsetzung bis heute gravierende konzeptionelle, personelle sowie finanzielle Unzulänglichkeiten. So spionierten die Personenschützer vom kolumbianischen Geheimdienst, in dessen Verantwortungsbereich das Schutzprogramm übergeben wurde, die Journalisten aus, anstatt adäquat für ihren Schutz zu sorgen. Außerdem, so Teilnehmer des Schutzprogramms, seien die Bodyguards nicht gut ausgebildet und unvorbereitet und würden merklich zu wenig Erfahrung mitbringen. Die Kapazitäten des Programms sind durch die Menge der Anfragen um Schutz überlastet. Folge: Die Teilnehmerzahl der Journalisten, die Schutz erhalten sinkt, aufgrund von fehlenden Ressourcen – von 10.716 (2008) auf 10.000 (September 2009). Zwischenzeitlich fehlte es an ausreichend Geld, um zusätzlich notwendige Personenschützer, Flugtickets oder Benzin für Transporte zu bezahlen. Zwar wurde nachbessert, doch die Planungsunsicherheit bleibt.³

Die langwierigen psychologischen Folgen der Angst, die durch die permanente prekäre Sicherheitslage und die persönliche Bedrohung von Leib und Leben bei Journalistinnen in Kolumbien entstehen kann, und ihre sozialen Auswirkungen sind quantitativ und qualitativ schwer zu bestimmen. Es gibt von staatlicher und zivilgesellschaftlicher Seite her keine ausreichenden Ansätze, dem wichtigen Thema der seelischen Belastung von Journalistinnen und Medienschaffenden gerecht zu werden.⁴

-
1. Es komme aus verschiedenen Gründen dazu, so die FLIP in ihrem Bericht 2009, dass Verletzungen der Pressefreiheit nicht angezeigt würden. Zu den Gründen zählen u. a.: die Bedeutung eines solchen Verbrechens wird nicht richtig eingeschätzt, Angst vor den Folgen einer Anzeige oder mangelndes Vertrauen in staatliche Vertreter, fehlende Unterstützung des Mediums, in dem die Betroffenen arbeiten oder Unwissen darüber, wie ein solcher Fall zur Anzeige gebracht werden kann (FLIP 2009: 17).
 2. Das Interview mit Mauricio Durán führte der Autor telefonisch am 26. Dezember 2009.
 3. Einen guten und aktuellen Überblick zum Schutzprogramm der Regierung, sowie zu seinen Problemen bietet der von Andrés Monroy verfasste Artikel „La otra cara del Programa de Protección del Gobierno“, aus dem auch die hier verwendeten Zahlen stammen, erschienen auf der Nachrichtenwebseite lasillavacia.com. Im Internet zu finden unter: <http://www.lasillavacia.com/historia/4726>, zuletzt abgerufen am 30. Dezember 2009.
 4. Ausnahme bildet hierbei ein 2007 von der FLIP herausgegeben Handbuch, „Manual para el apoyo emocional del periodista“, zum Erkennen psychischer Belastungen bei Journalisten sowie zum Umgang mit ihnen. Herunterzuladen auf der Homepage der Organisation.

4. Wandel statt Stillstand

Weder lässt sich sagen, dass Medien und die in ihnen arbeitenden Journalistinnen und Redakteure es in Kolumbien leicht haben, noch dass sie sich damit abfinden. Trotz schwieriger struktureller und sozio-politischer Bedingungen, besonders in den Regionen, ist seit Ende der 1990er Jahre ein immer deutlicherer Wandel im Selbstbild kolumbianischer Journalisten feststellbar. Sie veränderten ihre eher passiv-reaktive Haltung hin zu einer tendenziell aktiveren Rolle in der Konfliktberichterstattung. Unter Journalisten und Reporterinnen herrscht eine rege Debatte über das eigene Handeln und die eigene Rolle in der kolumbianischen Gesellschaft – auch in Bezug auf die Probleme, die sich aus den monopolistischen Medienstrukturen ergeben und darüber, wie ihnen zu begegnen ist. Ferner wird es bei genauerem Hinschauen schwieriger, zu beurteilen, was für eine Situation tatsächlich im Land herrscht (Krieg, bewaffneter Konflikt, Postkonflikt). Auch hierrüber wird unter Journalisten gestritten, und manche sind der Auffassung, dass es sich um einen Prozess eines internen bewaffneten Konflikts mit Postkonfliktstrukturen handelt. Schließlich fällt auf, dass sich so manch kolumbianisches Medium (vor allem die Printmedien) vom „Labdog“ zum „Watchdog“ der Politik entwickeln – dies trifft zumindest auf jene zu, die in der zentralisierten Medienlandschaft dazu privilegiert sind, weil sie in einer gut etablierten Redaktion mit ausreichenden Ressourcen arbeiten, sowie über entsprechende Analysefähigkeit und Sensibilität verfügen. Der Wandel des kolumbianischen Journalismus und seine Neupositionierung zeigen sich ebenfalls durch wachsendes lokales Engagement. Im Lauf der Zeit gründeten sich in Kolumbien verschiedene spezialisierte Organisationen, die mit jeweils anderen Themenschwerpunkten und methodischen Ansätzen versuchen, Journalisten und Redakteurinnen in ihrer alltäglichen und in ihrer konfliktspezifischen Arbeit zu unterstützen. Die jeweiligen Angebote, begleitenden Analysen und Projekte werden subsummiert unter dem Begriff der „Media Assistance“. Kolumbianischen Media Assistance Organisationen sind u. a. die Fundación Nuevo Periodismo Iberoamericano (FNPI, gegründet 1994), die Fundación para la Libertad de Prensa (FLIP, 1996), Medios para la Paz (MPP, 1996), das Centro de Solidaridad de la Federación Internacional de Periodistas Colombia (CESO-FIP, 2000), das Proyecto Antonio Nariño (PAN, 2001) sowie Reporteros de Colombia (2005). Ihr Engagement nimmt zu, konkretisiert und manifestiert sich. 2007 gegründete sich außerdem der, bereits erwähnte, bis heute einzige überregionale Journalistenverband Kolumbiens, die Federación Colombiana de Periodistas (FECOLPER). In ihm schlossen sich bisher 1300 Journalistinnen und Redakteure, aus 21 – von insg. 32 – Departamentos zusammen. Ziel von FECOLPER ist es die schlechte Arbeitssituation von Journalisten zu verbessern, um damit die Qualität der Information zu steigern.

Der Bereich der Media Assistance ist bisher allerdings noch nicht konsolidiert. Das bestätigen auch die Mitarbeiter des Proyecto Antonio Nariño (PAN) und haben sich dieses Problems jetzt angenommen. Neben ihrem erklärten Ziel, die Presse- und Informationsfreiheit zu fördern, verschrieben sie sich deshalb außerdem in jüngster Zeit der verbesserten Koordinierung und Kooperation von journalistischen Unterstützungsprogrammen. Diese Abstimmung des lokalen Engagements ist ein wichtiger Ansatzpunkt, um das Potential der „Media Assistance“ effektiver auszuschöpfen. Nur eine Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen kann die komplexe Problemlage journalistischer Arbeit angehen.

„Media Assistance“ als Transformations- bzw. Bearbeitungsansatz von Gewaltstrukturen wird zwar Gewaltprozesse, wie sie in Kolumbien bestehen, nicht alleine hin zu friedensfördernden Verhältnissen transformieren. Aber sie ist ein wichtiges und nachhaltiges Instrument der Konfliktbearbeitung, und entfaltet ihre Wirkung erst langfristig. Sie stellt somit kein Objekt politischer Konjunkturschwankungen dar.

„Media Assistance“ kann Journalisten helfen, mit ihrer Berichterstattung Medien zu dem zu machen, was sie in einem Peacemaking Prozess sein können – ein wichtiges Instrument auf dem Weg zum Frieden.

Literatur

- Abello Banfi, Jaime & Baumanns, Markus & Cárdenas, Martha et al. (1999). Manual para cubrir la paz. Bogotá: Conferencia Episcopal de Alemania, Fundación para el Nuevo Periodismo Iberoamericano (FNPI), Embajada de Alemania y Fundación Friedrich Ebert en Colombia (FESCOL).
- Acevedo Carmona, Dario (2003). Prensa y confrontación política en Colombia, 1930-1950. In: VII Cátedra Anual de Historia/ Ernesto Restrepo Tirado (Hrsg.), Medios y nación. Historia de los medios de comunicación en Colombia. Bogotá: Editor Aguilar, 282-316.
- ADC-Asociación por los derechos civiles (2008). El precio del silencio. Abuso de la publicidad oficial y otras formas de censura indirecta en América Latina. New York: Open Society Institute.
- Ayala, Germán & Aguilera, Pedro Pablo (2001). Un año de autocensura. Plan Colombia y medios de comunicación. Cali: Universidad Autónoma de Occidente.
- Barón, Luis Fernando et al. (2004). Estado de alerta continua: noticias y guerra en Colombia. Bogotá: Centro de Investigación y Educación Popular (CINEP).
- Bonilla, Jorge (2002). Periodismo, guerra y paz: Campo intelectual periodístico y agenda de la información en Colombia. Signo y pensamiento, Nr. 40, Vol. 21, 53-71.

- Cárdenas Rivera, Miguel Eduardo (2003). La construcción del postconflicto en Colombia. Bogotá: Fundación Friedrich Ebert en Colombia (FESCOL).
- CNRR, Comisión Nacional de Reparación y Reconciliación (2007). Disidentes, rearmados y emergentes: ¿Bandas criminales o tercera generación paramilitar? Bogotá. Informe del Área de Desmovilización, Desarme y Reintegración, Nr. 1.
- Dilger, Gerhard (2010). Wochenblatt dicht. In: die tageszeitung (taz), URL (Zugriff April, 2010): <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=fl&dig=2010%2F02%2F16%2Fa0112&cHash=38bb5f066a>
- El Tiempo (2004). Cuaderno de análisis. El Conflicto Armado en las Páginas de El Tiempo. Bogotá: Casa Editorial El Tiempo.
- FIP, Fundación Ideas para la Paz (FIP) & Semana. (2008). Cuadernos del Conflicto. Verdad, Memoria Histórica y Medios de Comunicación. Bogotá: Publicaciones Semana.
- FIP, Fundación Ideas para la Paz (FIP) (2006). Cuadernos de conflicto. Reconstrucción, reinserción y región. Bogotá: publicaciones Semana.
- FLIP, Fundación Libertad de Prensa (2009). La amenaza y la estigmatización: intimidaciones invisibles contra la prensa 2008. Informe sobre el estado de la Libertad de Prensa en Colombia en 2008. Bogotá: FLIP.
- FLIP, Fundación Libertad de Prensa (2010). Interceptaciones y seguimientos ilegales: grave intimidación al periodismo colombiano. Informe sobre el estado de la libertad de prensa en Colombia en 2009. Bogotá: FLIP.
- Floréz, Vladimir (2008). Las lecciones de un Pasquín. In: Medios para la Paz (Hrsg.), La palabra desarmada. Futuro de periodismo en Colombia. Bogotá: Offset Gráfico, 71-78.
- Fundación Guillermo Cano Isaza (2006). Apuntes a dos décadas de periodismo bajo presión. Bogotá: Fundación Guillermo Cano Isaza.
- Giraldo, Diana Sofía & Roldán, Ismael & Flórez, Miguel Ángel (2003). Periodistas, Guerra y Terrorismo. Bogotá: Editorial Planeta Colombiana S. A.
- Gutiérrez, Liliana (2007). La prensa como creadora de estereotipos sobre los reinsertados y el proceso de paz en Colombia. Palabra-Clave, Nr. 002. Vol. 10, 11-25.
- HRW, Human Rights Watch (2005). Smoke and Mirrors. Colombia's demobilization of paramilitary groups, Vol. 17, No. 3 (B), URL: (September, 2009): <http://www.hrw.org/reports/2005/colombia0805>
- HRW, Human Rights Watch (2008). World Report 2008, New York: Human Rights Watch.
- Kalmanovitz, Salomón (2006). Economía y nación: una breve historia de Colombia. Bogotá: Editorial Norma, S. A.
- König, Hans-Joachim (2008). Kleine Geschichte Lateinamerikas. Bonn: Reclam Verlag, Urbach, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung.
- König, Hans-Joachim & Schuster, Sven (2008). Das politische System Kolumbiens. In: Stüwe, Klaus & Rinke Stefan (Hrsg.), Die politischen Systeme in Nord- und Südamerika. Ein Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 341-361.
- Kurtenbach, Sabine (2001). Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche. Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure. Frankfurt am Main: Vervuert Verlag.
- Kurtenbach, Sabine (2004). Gewalteindämmendes Engagement externer Akteure in Kolumbien (Beiträge zur Lateinamerikaforschung, Band 15). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg.
- Kurz, Maximilian & Muno, Wolfgang (2005). Der Plan Colombia: Kolumbien im Visier des Krieges gegen den Terror der USA in Lateinamerika. Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 3, 25-36.
- LAWGEF, Latin America Working Group Education Fund (2008). The Other Half of the Truth Searching for Truth – Justice and Reparations for Colombia's Victims of Paramilitary Violence. Washington: Latin America Working Group Education Fund.
- López de la Roche, Fabio (2005). Aprendizaje del periodismo. Entre la paz de Pastrana y la seguridad democrática de Uribe. Palabra-Clave, Nr. 2, Vol. 8, 1-34.
- López de la Roche, Fabio (2006). Ética periodística, verdad noticiosa sobre el conflicto armado y reconciliación nacional en Colombia. In: Helfrich, Linda & Kurtenbach, Sabine (Hrsg.): Colombia. Caminos para salir de la violencia. Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, 354-392.
- Mastrini, Guillermo & Becerra, Martín (2006). Periodistas y magnates. Estructura y concentración de las industrias culturales en América Latina. Buenos Aires: Prometeo Libros.
- Márquez, Eduardo (2007). Manual de protección para periodistas. Noticias en vivo. Bogotá: Gente Nueva.
- MPP, Medios para la Paz (2004). LA GUERRA. Una amenaza para la prensa. Bogotá: Medios para la Paz.
- Dies. (2005). Cubrimiento periodístico responsable del desplazamiento forzado interno. Bogotá: Litocarmargo.
- Dies. (2009). Niños vinculados al conflicto. Cubrimiento periodístico responsable. Bogotá: Litocarmargo.
- Palacios, Marco (2007). Entre la legitimidad y la violencia. Colombia 1875-1994. Bogotá: Editorial Norma, S. A.

- Palacios, Marco & Safford, Frank (2008). Colombia. País fragmentado, sociedad dividida. Su historia. Bogotá: Editorial Norma, S.A.
- PAN, Proyecto Antonio Nariño (2005). La televisión del conflicto. La representación del conflicto armado colombiano en los noticieros de televisión. Bogotá: Proyecto Antonio Nariño.
- Dies. (2004). Calidad informativa y cubrimiento del conflicto. Bogotá: Proyecto Antonio Nariño.
- PNUD, Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (2003). Informe Nacional de Desarrollo Humano. El conflicto, callejón con salida. Bogotá: Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo.
- Podesta, Don (2009). "Soft Censorship: How Governments Around the Globe Use Money to Manipulate the Media. A Report to the Center for International Media Assistance". Washington: Center for International Media Assistance.
- Rangel, Alfredo (2005). El poder paramilitar. Bogotá: Planeta.
- Restrepo, Javier Dario (2002). Cómo manejar una información de una explosión, un atentado o una bomba. Una prueba de consistencia técnica y ética. Bogotá: Editorial Kimpres Ltda.
- Rey, Germán (2007). Dos décadas del periodismo en Colombia (1986-2006). In: Fundación Guillermo Cano Isaza, (Hrsg.), Apuntes a dos décadas de periodismo bajo presión. Bogotá: Fundación Guillermo Cano Isaza, 19- 35.
- Ronderos, María Teresa & Arias, Gerson (2008). Medios de Comunicación, Verdad y Memoria Histórica en Colombia. In: Fundación Ideas para la Paz (FIP) & Semana (Hrsgs.), Cuadernos del Conflicto. Verdad, Memoria Histórica y Medios de Comunicación. Bogotá: Publicaciones Semana, 28-32.
- Schumacher, Peter (2001). Journalismus in Kolumbien. Arbeitsbedingungen und Selbstverständnis. Eichstätt: Mesa Redonda (Neue Folge, No. 16, herausgegeben u. a. Zentralinstitut für Lateinamerika-Studien der Universität Eichstätt).
- Sierra, Álvaro (2008). Elementos para el cubrimiento del conflicto y el posconflicto en Colombia. El país del Dr. Jekyll y Mr. Hyde. In: Medios para la Paz (Hrsgs.), La Palabra desarmada. Futuro del periodismo en Colombia. Bogotá: Corporación Medios para la Paz, 31-54.
- Tamayo, Camilo Andrés (2007). Parapolítica y medios de comunicación. Revista Cien días vistos por Cinep, Nr. 60, 1-4.
- Vivanco, Ángela (2007). Concentración de medios en las sociedades democráticas: ¿Peligro para la libertad de expresión o condición de subsistencia?. Diálogo político Nr. 3/2007, 11-41.

Über den Autor: Rousbeh Legatis, Politikwissenschaftler und freier Journalist, u. a. für die internationale Presseagentur Inter Press Service (IPS). Nach seinem Diplom an der Freien Universität Berlin liegen seine Arbeitsschwerpunkte aktuell in der Friedens- und Konfliktforschung, bei der Rolle von Medien im Peacebuilding sowie bei der Media Assistance.

Adresse: eMail: rousbeh.legatis@googlemail.com